

# DER STAAT ALS KONKURRENT: FAIR IST ANDERS!

WWW.FAIR-IST-ANDERS.CH



## Beispielsammlung «Der Staat als Konkurrent: Fair ist anders!» (Stand: 24.08.2018)

«Konkurrenz belebt das Geschäft», diese ökonomische Weisheit soll nicht angezweifelt werden. Wird der Staat zum Konkurrenten, bleiben die Regeln der Fairness jedoch oft aussen vor. Dies ganz einfach deshalb, weil überall, wo Staat draufsteht, auch Steuern drin sind. Und diese verzerren den Wettbewerb aus diversen Gründen.

Untenstehend finden sich alphabetisch Beispiele aus verschiedenen Branchen und Regionen.

### Admeira

**Das ist Sache:** Swisscom (Anteil Bund 51 Prozent) und SRG (100 Prozent öffentlich-rechtlich) haben mit Ringier zusammen eine gemeinsame Werbeplattform mit dem Namen Admeira geschaffen. Zwar hat die SRG Ende Juni 2018 ihre Anteile an Swisscom und Ringier verkauft, mit der Swisscom ist aber immer noch ein mehrheitlich staatlich finanziertes Unternehmen beteiligt.

**Das finden wir problematisch:** Unternehmen des Staates schliessen sich mit einem privaten Unternehmen zu einer Werbefirma zusammen und entziehen so andern Werbeunternehmen wichtige Aufträge.

### Ausbau diverser Werkhöfe

**Das ist Sache:** In diversen Gemeinden des Kantons Solothurn werden die Werkhöfe ständig erweitert und mit neuen Aufgaben versehen, die weit über den eigentlichen Kernauftrag hinausgehen.

**Das finden wir problematisch:** Viele dieser Aufgaben -Strassenunterhalt mit eigenen Maschinen, Gärtnerarbeiten, etc. - könnten zu konkurrenzfähigen Preisen auch bei privaten gewerblichen Institutionen bezogen werden. Hier wäre ein «Back to the Roots» dringend nötig.

### BEDAG

**Das ist Sache:** Die IT – Firma gehört zu 100 Prozent dem Kanton Bern. Sie wurde gegründet, um die IT – Bedürfnisse der kantonalen Verwaltung abzudecken. Mittlerweile hat die BEDAG ihren Wirkungsbereich weit über den Kanton Bern und die Verwaltung erweitert. Sie verkauft Dienstleistungen und Produkte in der ganzen Schweiz. Im Jahre 2016 wurden fast 100 Mio. CHF Umsatz generiert und ein Gewinn von 10 Mio CHF ausgewiesen.

**Das finden wir problematisch:** Die BEDAG hat im Kanton Bern praktisch eine Monopolstellung für grössere IT-Dienstleistungen. Sie diktiert somit Markt und Preise und kann dank ihrer guten Ertragslage neue Firmen zu hohen Preisen zukaufen. Private Anbieter haben so kaum Chancen, der öffentlichen Hand IT – Lösungen anzubieten. Zudem hat der Kanton Bern 2017 und 2018 freihändig Aufträge an die BEDAG im Wert von je 44 Mio. CHF vergeben.

Die selbe Problematik bildet die Praxis einzelner Bundesämter, selbst entwickelte Apps auf dem privaten Markt anzubieten.

## BernMobil

**Das ist Sache:** BernMobil betreibt den öffentlichen Verkehr in der Stadt Bern und zunehmend auch in den Agglomerationsgemeinden. Damit werden bisherige private Anbieter verdrängt, die nicht über die gleichen Zuschüsse der öffentlichen Hand verfügen und keine Möglichkeiten haben den Betrieb intern zu finanzieren.

**Das finden wir problematisch:** Der städtische Betrieb BernMobil fährt immer weiter in die Region hinaus und transportiert dabei nicht nur Fahrgäste, sondern auch ihre städtischen Anstellungsbedingungen und Fahrzeugausrüstungen, die sich die lokalen privaten Anbieter der Region nicht leisten können, wie z.B. ein früheres Pensionsalter, Sonderentschädigungen und höhere Grundlöhne. 2017 betragen die gesamten Betriebskosten 166 Mio. CHF; aus dem Verkauf der Billette konnte aber lediglich einen Erlös von 109,9 Mio. CHF erarbeitet werden. Die fehlenden Einnahmen zum erzielten Betriebsertrag von 174.3 Mio. CHF wurden u. A. mit 48,5 Mio. CHF aus Abgeltungen der öffentlichen Hand erzielt um dann einen Betriebsgewinn von 6.3 Mio. CHF auszuweisen. Damit werden in Wahrheit nur 65% der Kosten aus dem Fahrbetrieb erarbeitet und der Rest besteht aus Subventionen. Die Betriebskosten, die aus der Monopolstellung von BernMobil entstehen, werden ohne Offerte marktfrem an den Monopolbetrieb beauftragt werden. Das Risiko einer Querfinanzierung ist damit sehr gross und wie das Beispiel der Postauto AG zeigt, ist es nur bedingt möglich solche Missbräuche aufzudecken und öffentliche Ausschreibungen bleiben häufig eine Farce und es ist kein fairer Wettbewerb in Sicht.

## BKW

**Das ist Sache:** Die BKW gehört zu 52 Prozent dem Kanton Bern. Sie verfügt über eine breite Struktur, die sowohl als Monopol die Stromversorgung des Kantons Bern, als auch durch Beteiligungen an Kraftwerken die Produktion und den Handel von Strom umfasst. Der Stromtarif der BKW gehört zu den höchsten in der Schweiz und hat dem Unternehmen jahrelang gute Erträge beschert. Der Privatkunde und kleinere gewerbliche Kunden sind gezwungen, den Strom bei der BKW zu kaufen. Die BKW entwickelt sich, als Alternative zum nicht mehr rentierenden Stromgeschäft, seit einigen Jahren zum breit aufgestellten Dienstleister in Haus- und Energietechnik. Die BKW erwarb dank ihren Monopoleinnahmen mit der Stromversorgung seit 2014 insgesamt 61 Firmen für die laut Jahresabschluss 46 Mio. CHF bezahlt worden sind.

**Das finden wir problematisch:** Private gewerbliche Betriebe bezahlen ihrem Monopollieferanten BKW Strompreise, die nicht dem Wettbewerb ausgesetzt und damit in der Regel höher sind. Somit finanzieren sie indirekt ihren neuen Konkurrenten BKW, der dutzendweise Firmen aus der gewerblichen Mitte aufkauft: Damit wird eine normale Nachwuchsregelung mit viel Kapital verunmöglicht und die Monopolstellung wird zunehmend auch auf die Planungs- und Installationsbranche ausgedehnt. Es gibt bereits Fälle, bei denen die BKW sowohl die Planung als auch die Bauleistungen offeriert haben. Somit hat der neu konzipierte Konzern BKW alles Interesse, Planungs- und Ausführungsaufträge „im Haus zu behalten“ und nicht auszuschreiben. Der Zutritt der privaten Konkurrenz wird damit erschwert bis verunmöglicht. Die Standesregeln der unabhängigen Planung werden durch die „alles unter einem Dach“ – Politik verletzt. Konkretes Beispiel für diese Doppelrolle der BKW ist das Wasserkraftwerk Färdabach im Lötschental. Hier reichte gemäss Zeitung „Der Bund“ vom 20. Mai 2017 die BKW nicht nur eine Offerte für den Bau des Kraftwerks ein, sondern prüfte als Planungsfirma im Auftrag der Bauherrschaft auch gleich sämtliche Konkurrenzofferten. Von dieser Entwicklung ist nicht nur der Kanton Bern betroffen, mittlerweile wird die BKW zunehmend auch im Kanton Zürich aktiv und deshalb leidet auch dort das Gewerbe zunehmend unter diesem unfairen Wettbewerb.

## Bundesamt für Landestopographie (Swisstopo)

**Das ist Sache:** Das Bundesamt für Landestopographie hat seine ursprüngliche Geschichte in der Erstellung von Landeskarten, insbesondere für militärische Zwecke. Vor Jahren wurde die eidgenössische Vermessungsdirektion in das Bundesamt integriert und hat nun die hoheitliche Aufgabe, die Aufsicht über die amtliche Vermessung auszuüben. Mit der Einführung von New Public Management wurde das Bundesamt für Landestopographie als Versuchsamt zu einem sogenannten FLAG-Amt. Dadurch bekam es ein Pauschalbudget und entwickelte zu einer eigentlichen Firma. Es tritt nicht mehr als Bundesamt aus, sondern mit einer «Firmenbezeichnung» und mit einem Logo unter dem Namen Swisstopo. Durch das Monopol der Landeskartenherstellung entwickelte sich das Amt mittels

Quersubventionierungen und mit dem Vorwand der Geheimhaltung zu einem eigentlichen Datensammlungs- und Produktionszentrum und konkurrenziert damit die Privatwirtschaft so massiv; dass zum Beispiel der Kartenhersteller Kümmerly+Frey schliessen musste. Unter dem Label Swisstopo macht das Bundesamt für Landestopographie nun sogar Fernsehwerbung und sponsort OL-Läuferinnen und -Läufer.

**Das finden wir problematisch:** Das ein Bundesamt mit ursprünglich rein hoheitlichen oder militärischen Aufgaben sich unter dem Deckmantel eines FLAG-Amtes und einem speziellen Firmenlogo zu einem Amt entwickelt, das nicht mehr viel mit staatlichen Aufgaben zu tun hat und zwei Drittel seines Ertrages bundesextern generiert, ist stossend und ein Etikettenschwindel. Dass dabei die Privatwirtschaft durch die Quersubventionierung und die Vorteile, infolge der Datenherrschaft zum Teil ganz ausgeschaltet oder stark konkurrenziert wird, ist sehr störend. Zudem werden, falls grössere Aufträge überhaupt an Dritte ausgelagert werden, diese in sehr vielen Fällen ins Ausland vergeben.

## Büro- und Materialzentrale

**Das ist Sache:** Der Kanton und die Stadt Bern betreiben einen Versand für Büromaterialien mit Zustelldienst und Lager. Damit leistet sich der Staat einen unnötigen Parallelbetrieb zu den privaten Anbietern.

**Das finden wir problematisch:** Statt Rahmenverträge mit privaten Unternehmungen abzuschliessen und die Bestellungen direkt durch diese erledigen zu lassen, baut die öffentliche Hand eine parallele Schattenwirtschaft auf. Statt mit knapp kalkulierten Offerten zu einem günstigen Rahmenvertrag zu kommen, zahlt der Staat die betriebsnotwendigen Liegenschaften und die Gehälter für Infrastruktur und Fahrzeuge nach dem effektiven Aufwand. Damit werden öffentliche Gelder leichtfertig ausgegeben und der Verwaltungsapparat wird unnötig vergrössert.

## Citysoftnet

**Das ist Sache:** Das Stadtberner Stimmvolk stimmt am 23. September 2018 über einen Kredit von 14,9 Millionen Franken für die Entwicklung einer neuen Fallführungs-Software in der Sozialhilfe ab. Dazu kommen vier Millionen für Betriebsfolgekosten. Es geht um jenes Informatikprogramm, das die Stadt Bern gemeinsam mit der Stadt Zürich und dem Kanton Basel-Stadt erarbeiten will. In der Berner Stadtverwaltung Bern ist seit Ende der Neunzigerjahre das Fallführungssystem KiSS (Klienten-Informationssystem für Sozialarbeit) im Einsatz. Rund 400 Personen sind laut Angaben der Berner Stadtregierung auf das System in ihrer täglichen Arbeit angewiesen. Sie dokumentieren damit beispielsweise sämtliche Fallnotizen, erledigen die Korrespondenz, berechnen Bedarf und Ansprüche in der wirtschaftlichen Sozialhilfe und tätigen Ein- und Auszahlungen. KiSS ist nun laut Berner Stadtregierung veraltet und fehleranfällig. Deshalb beschlossen Zürich, Bern und Basel Anfang des vergangenen Jahres, gemeinsam eine neue Software für diese Aufgaben zu entwickeln. Wie die Zeitung «der Bund» am 16. August 2018 berichtet, hat der Gemeinderat offenbar eine dreimal billigere Offerte verschwiegen. Die Stadtberner FDP fordert deshalb den Übungsabbruch und einen Neustart des Projekts.

**Das finden wir problematisch:** Das bewährte und praxisnahe KiSS-Produkt ist weder veraltet noch fehleranfällig. Die Stadt hat das Programm einfach nicht updaten lassen und arbeitet bewusst mit einer älteren Version der Software. Das Upgrade wäre für einen Drittel der Kosten der Neuentwicklung zu haben gewesen. Citysoftnet ist somit völlig überbeuert. Das aktuelle KiSS-Produkt hat gerade eben den Zuschlag vom Kanton Wallis erhalten und ist somit bestens bewährt. Am stossendsten ist jedoch der Umstand, dass der Staat (d.h. die drei Städte zusammen) als Mitentwickler, Besitzer, Vermarkter, etc. von einer IT-Software auftritt. Das Städte-Konglomerat konkurrenziert so direkt die bisherigen und bewährten Systeme und Unternehmen. Dies führt nicht nur dazu, dass die Kosten immens höher sind, sondern es generiert auch Risiken durch Marktverzerrungen und Fehlanreize.

## Die Post

**Das ist Sache:** Die Post gestaltet ihre Schalterräume mehr und mehr zu kleinen Warenhäusern. Die Kunden sollen in ihrer Wartezeit, mit dem Kauf von Gütern aller Art, zusätzlichen Umsatz und Gewinn generieren.

**Das finden wir problematisch:** Dadurch, dass die Schweizerische Post in ihren Schalterhallen Handel mit verschiedensten Waren (vom Kaugummi bis zu Duschkäufen) betreibt, gehen dem Detailhandel jährlich rund 500 Millionen Franken verloren. Diese zusätzliche Verkaufs-Tätigkeit übersteigt nach unserer Ansicht den Service – Public Auftrag der Post. Ob es Aufgabe der Post ist, eigene Transportunternehmungen, Occasionshandel, Treibstoffhandel- sowie Informatikangebote für das Gesundheitswesen anzubieten, kann zumindest hinterfragt werden. Dies gilt auch für die von der Post angebotenen Publikationslösungen im Bereich der Fachmedien. Auch hier erbringt die Post Leistungen, die auf dem Markt von verschiedenen KMU bereits zu besten Bedingungen erhältlich sind. Diese Entwicklung ist volkswirtschaftlich ebenfalls sehr bedenklich.

## **ewb - Energie Wasser Bern**

**Das ist Sache:** Auch das Energieunternehmen der Stadt Bern ewb wollte vom reinen Stromlieferanten zum umfassenden Dienstleister in Energie- und Haustechnik werden. Nun ist man jedoch nach grossen Abschreibungen auf dem Weg zurück. Neben einer wesentlich abgespeckten Installationsfirma hat ewb nur noch eine Firma für Dach und Fassaden.

**Das finden wir problematisch:** ewb ist als 100 prozentige Tochter der Stadt Bern ein Monopolbetrieb, dessen Strompreise nicht dem Wettbewerb ausgesetzt sind. Die Firmen für Installation und Haustechnik unter dem ewb-Dach stellen für das private Gewerbe eine von der öffentlichen Hand subventionierte Konkurrenz dar.

## **Fachhochschulen**

**Das ist Sache:** Verschiedene Fachhochschulen bieten Planungs- und Architekturleistungen an, welche nicht als Studienobjekt deklariert sind, sondern als professionelle Dienstleistung.

**Das finden wir problematisch:** Die von Studenten ausgeführten Arbeiten erreichen wegen des fehlenden Wissens und der fehlenden Erfahrung nicht das Niveau eines privaten Beratungs- oder Ingenieurbüros.

Die reduzierten, aber nahe bei den Marktpreisen liegenden Ansätze konkurrenzieren die privaten Planungsbüros. Die Resultate der „Studien“ werden zudem den Medien angeboten und erwirtschaften so vermeintlich zusätzliche Wertschöpfung. Die Resultate sind allerdings oft wenig realistisch und lösen entsprechenden Unwillen aus. Die Fachhochschulen verfügen über eine staatlich subventionierte Infrastruktur, die Studenten arbeiten ohne Gehalt. Studien, ausgeführt durch Studierende, sowie professionelle Dienstleistungen, welche durch erfahrene und voll ausgebildete Fachkräfte erbracht werden, sollten besser unterschieden werden.

## **Gebäudeversicherung des Kantons Bern (GVB)**

**Das ist Sache:** Die Gebäudeversicherung des Kantons Bern ist ein Monopolbetrieb, der zu 100 Prozent dem Kanton Bern gehört. Jedes Haus im Kanton Bern ist obligatorisch bei der GVB versichert. Auf Antrag der GVB hat der Grosse Rat den Eintritt ins privatrechtliche Versicherungsgeschäft per 2011 gutgeheissen. Dazu wurde eine separate Aktiengesellschaft gegründet. Sie bietet neu Gebäudehaftpflicht- und Gebäudewasserversicherungen an, welche zuvor nur von privaten Versicherungen angeboten wurden.

**Das finden wir problematisch:** Nach Auflage der Wettbewerbskommission ist sowohl das Ausnützen des Monopols wie auch die Quersubventionierung der verschiedenen Branchen nicht gestattet. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass diese Regeln nicht eingehalten werden. Hausbesitzern, welche zwangsweise Kunden der Gebäudeversicherung sind, werden durch die staatlichen Berater systematisch und aktiv Angebote der privatrechtlichen GVB-Tochter unterbreitet. Die Werbung und das Inkasso für den obligatorischen und den privaten Teil erfolgen im selben Versand. Last but not least präsentieren sich auch der Internetauftritt, das Produkteangebot, der Online-Shop und die Schadensmeldung unter ein- und derselben Marke «GVB – Wir versichern ihr Gebäude».

## **Groupe E**

**Das ist Sache:** Eine ähnliche Problematik wie bei der BKW Energie AG stellt die Tätigkeit des Westschweizer Stromanbieters (FR/NE) Groupe E dar.

**Das finden wir problematisch:** Diese staatliche Unternehmung, die gehört zu 78 Prozent dem Kanton Freiburg, bietet ihren Strom-Kunden eine breite Palette von Produkten (z.B. Elektrogeräte aller Art) und Dienstleistungen (Beratungen, Montagearbeiten) an und konkurrenziert so das private Gewerbe.

## Hochschulen

**Das ist Sache:** Es gibt verschiedene Hochschulen, die Beratungsmandate wie Umfragen und Analysen anbieten, die indirekt mit den Gehältern und Raumkosten indirekt subventioniert sind. Nach einem Bundesverwaltungsgerichtsentscheid müssen staatliche Anbieter alle Dienstleistungsaufträge kostendeckend kalkulieren.

**Das finden wir problematisch:** Das Beispiel das zu diesem Aufsehen erregenden Urteil führte war eine WTO- Ausschreibung des BAKOM für die SRG- Onlinedienstleistungen zu untersuchen. Der Auftrag ging denkbar knapp an die Universität Zürich. Das unterlegene, privatrechtliche Unternehmen machte Rekurs, da die Offerte tatsächlich anfallende Projektkosten nicht aufgeführt hatten. Der Entscheid beinhaltet die Auflage, dass die Hochschulen und staatliche Unternehmungen eine kostendeckende Kalkulation des Angebotes machen müssen. Da solche staatlichen Betriebe über keine Vollkostenrechnung verfügen ist ein Nachweis der Kostendeckung nicht möglich und dies bedeutet faktisch ein Ausschluss aus solchen Verfahren. Dies ist auch richtig so, denn die privaten Unternehmungen bezahlen die Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden selbst und der Kunde profitiert vom Erfahrungsschatz von Spezialisten.

## Panaia & Crausaz AG

**Das ist Sache:** Das 1990 gegründete Bauunternehmen wird 2013 durch die Städtischen Werke Grenchen übernommen. Das SWG ist ein öffentlich-rechtliches Unternehmen, Eigentümerin ist die Stadt Grenchen.

**Das finden wir problematisch:** In der Umgebung von Grenchen gibt es genug private Bauunternehmen, welche die Aufgaben der Panaia & Crausaz AG zu marktgerechten Preisen ausführen könnten, anstatt von dieser konkurrenziert zu werden.

## Postauto AG

**Das ist Sache:** Auch die Postauto AG erweitert durch Zukäufe von Privatfirmen zunehmend ihr Tätigkeitsfeld und vermischt Privataufträge mit ihrem öffentlichen Auftrag. Spätestens seit dem im Februar 2018 aufgedeckten Postautoskandal zeigt sich, dass auch hier dringender Handlungsbedarf besteht. Die vermuteten Querfinanzierungen sind hier Tatsache: Die Steuerzahler haben über Jahre hinweg gegen 100 Mio CHF. Subventionen an die Tochtergesellschaft des Monopolbetriebes «Die Post» bezahlt. Es wurden keine Gewinne erarbeitet, sondern ganz einfach zu viele Subventionen eingefordert und was noch schlimmer ist – erhalten.

**Das finden wir problematisch:** Mit diesem Geld hat nun die Tochtergesellschaft der Postauto AG unter anderem die Publibike gegründet. Auch hier enthüllte die Untersuchung rund um den Postautoskandal Anfang Juli 2018 einen Verlust von fast 4 Mio CHF. Trotzdem wurde in Hunderte von Velos investiert und der Stadt Bern die günstigste Offerte für einen öffentlichen Veloverleih unterbreitet. Dazu musste kein Geld auf dem Kapitalmarkt beschafft werden, weil über die Abgeltungen des Monopolbetriebes genug Kapital beschafft werden konnte. Last but not least hat die Stadt Bern für alle ihre Angestellten bei der Publibike ein Leihvelo gekauft und sorgt somit wiederum für einen Teil deren Umsatzes- einmal mehr natürlich mit den Steuergeldern der Berner Stadtbevölkerung.

## Ruag

**Das ist Sache:** Die Ruag ist eine 100 Prozentige Tochter der Eidgenossenschaft und sie bekommt vom Bund Aufträge für die Armee. Dazu kaufte sie zusätzlich Firmen im Ausland ein und vertreibt Waffen und Produkte über diese Beteiligungen in der ganzen Welt.

**Das finden wir problematisch:** Diese Zukäufe werden durch die Erträge aus den Rüstungsaufträgen des Bundes finanziert und durch die Aufträge der Tochtergesellschaften ergibt sich eine unkontrollier-

bare Situation für den Eigentümer. Diese Konstellation erlaubt es Angebote im Bereich Waffen, Luftfahrt und Raumfahrt anzubieten und zu finanzieren. Die Bedingungen werden damit für private Gesellschaften sehr schwierig, da diese jeden Auftrag in einer öffentlichen Ausschreibung erkämpfen müssen und das Risiko der Entwicklung und der Offertenerstellung selbst tragen müssen. Dazu kommt, dass die Betriebe in der Schweiz direkt der Kontrolle der Eidgenossenschaft unterstellt sind. Damit sind Angebote für Unterhaltsarbeiten an zivilen Flugzeugen zum Beispiel nur dann erfolgreich, wenn die RUAG diese als unrentabel erachtet.

## **SBB**

**Das ist Sache:** Die SBB entwickeln eine immer aktivere Geschäftstätigkeit ausserhalb ihres Transportauftrages: Beispielsweise Immobilienhandel- und Bewirtschaftung, Bekleidungsproduktion und -Vertrieb. Weitgehend unbemerkt sind die Bundesbahnen zur zweitgrössten Immobilienfirma der Schweiz angewachsen: Rund 3500 Gebäude verwalten die SBB mittlerweile, nur etwa 800 davon sind Bahnhöfe. Die erzielten Mieteinnahmen lagen 2017 bei 480 Mio CHF. Zudem wollen die Bundesbahnen am Monopol der Fernbahnen festhalten und bekämpfen alle Bemühungen, einen Teil dieser rentablen Linien zu privatisieren. Denn nur so können sie an den zu hohen Tarifkilometer festhalten und dies zu Lasten der Steuerzahler, die auch bei diesem Verkehrsbetrieb mehr als die Hälfte der Kosten mit ihren Steuergeldern decken. Die bernische BLS wurde aktuell nur mit wenigen Linien vom Bundesamt bedacht- und selbst gegen diesen Entscheid geht die SBB nun vor Gericht vor. Und damit ist auch dieser öffentliche Betrieb des Bundes eine Sache, die den Kanton Bern angeht.

**Das finden wir problematisch:** Die SBB weiten den Service Public als Immobilienhändler unzulässig aus. So hat sie für ihre Anlagen einst günstig Land erhalten und dieses wird nun zu Luxusbauprojekten entwickelt. Mit diesem Verhalten schaden die SBB der privaten Immobilien- und Bauwirtschaft- und letztendlich dem Steuerzahler, der diese hohen Mieten bezahlen muss.

Die Monopolstellung bei den Fernbahnen erlaubt der SBB durch unverständliche Tarifkilometer, die weit mehr sind als die geographische Distanz, den Ertrag auf den gut frequentierten Kursen anzuheben. Trotzdem wurden im Jahre 2017 Bundesbeiträge von 2670 Mio CHF. an die SBB bezahlt. Der «Gewinn» der SBB von rund 400 Mio CHF. entspricht immerhin 14% des Bundesbeitrages und ist damit eigentlich kein Betriebsergebnis, sondern ist auf zu hohe Bundesbeiträge zurückzuführen. Störend ist ebenfalls, dass die SBB das Reisemagazin „VIA“ nicht mehr in der Schweiz, sondern in Deutschland drucken. Die SBB produzieren ihre Arbeitskleider selbst im Fernen Osten und verkaufen diese dann zu Herstellungskosten an die Privatbahnen weiter. Damit konkurrenzieren sie die privaten Uniformen-Anbieter der Schweiz.

## **soH – Solothurner Spitäler AG**

**Das ist Sache:** Die Solothurner Spitäler AG gehört zu 100% dem Kanton Solothurn. Die Solothurner Spitäler betreiben seit einigen Jahren ein Catering-Unternehmen. Das Unternehmen ist ab 20 Personen aktiv. Die Begründung der soH-Gruppe ist, dass sie das Catering bräuchten um die flauen Zeiten in der Küche abzudecken.

**Das finden wir problematisch:** Mit einer Optimierung der Personalplanung müsste das Gewerbe nicht konkurrenziert werden. Ebenfalls problematisch ist auch die folgende Idee, welche erst in Planung ist: Die soH wollen auf dem Spitalareal eine öffentliche Apotheke einrichten. Dies obwohl diese Leistungen ohne Probleme bereits durch die nahegelegenen Apotheken oder durch die angestammten Apotheken und Arztpraxen erbracht werden.

## **Stadt Genf**

**Das ist Sache:** Die Stadt Genf und damit die Genfer Steuerzahler sind Inhaber des Hotels Metropol in Genf.

**Das finden wir problematisch:** In der Vergabe der Pacht weigert sich die Stadt Genf, das öffentliche Beschaffungsrecht und das Binnenmarktgesetz anzuwenden und schliesst so die KMU aus. Eines der KMU hat nun vor Bundesgericht Klage eingereicht.

## Stadtgrün Bern

**Das ist Sache:** Die Stadt Bern betreibt mit Stadtgrün Bern eine Unterhaltsgärtnerei und eine Pflanzenzucht für den eigenen Bedarf mit über 200 Mitarbeitenden. Darüber hinaus bietet sie Gartenbauarbeiten für Siedlungen und private Anlagen an. Mit dem Angebot der Möblierung der Parkanlagen und dem neuesten Projekt der Möblierung des Aussenraumes wurde der Auftragsumfang noch einmal erweitert.

**Das finden wir problematisch:** Die Berner Stadtgärtnerei gehört zur Stadt Bern, welche den Betrieb, und damit auch allfällige Defizite, mit Steuergeldern deckt. Anders als ein privates Gartenbauunternehmen, muss die Stadtgärtnerei ihren Betrieb somit nicht zu 100 Prozent aus dem Erlös für Produkte und Dienstleistungen decken. Dies ist ein Wettbewerbsvorteil, der durch Steuergelder finanziert wird. Durch diese Monopolsituation beim Unterhalt der Grünanlagen beansprucht die öffentliche Hand das Segment, in dem ein Gartenbaubetrieb einen stetigen Umsatz erzielen kann. Neuanlagen werden heute ausgeschrieben und an den wirtschaftlich besten Anbieter erteilt, aber der Unterhalt danach geht dem privaten Anbieter verloren. Der Steuerzahler bezahlt die Kosten von Stadtgrün nach deren Aufwand- frei von jedem wirtschaftlichen Vergleich. Die selbst benötigten Pflanzen werden in einer hochmodernen Anlage gezüchtet, die von der Stadt Bern bezahlt wurde. Mit der Konsequenz, dass die privaten Anbieter hier nicht mithalten können und es deshalb auch fast keine mehr gibt.

## STS AG

**Das ist Sache:** Die STS AG gehört zu 100% der Kanton Bern und betreibt mit easyCab seit 2016 auch private Personentransporte. Zudem konkurrenziert sie auf dem Gebiet der Notfallschulungen private Anbieter, wie z.B. die Prominis Vita.

**Das finden wir problematisch:** STS AG versucht sich als Staatsbetrieb nach easyCab nun auch noch im Bereich der Notfallschulungen breit zu positionieren. Dank den vermuteten Quersubventionierungen, welche die öffentliche Hand bezahlt, sind die Spiesse nicht gleich lang und die Prominis Vita hat auf diese Weise erst kürzlich einen Auftrag über 70'000 CHF. verloren. Last but not least hat die STS AG bei der Suche nach Instruktoeren – als ein vom Kanton Bern subventionierter Betrieb – gegen die Prominis Vita – also ein privates, im Kanton Bern steuerzahlendes Unternehmen – ein Konkurrenzverbot ausgesprochen.

## Swisscom

**Das ist Sache:** Die Swisscom erbringt in einer breiten Palette auch IT Dienstleistungen für den privaten Markt. Dies geschieht teilweise durch Übernahme von entsprechenden Firmen.

**Das finden wir problematisch:** Die Swisscom gehört nach wie vor zu 51 Prozent dem Bund. Deshalb sollte sich das Telekom-Unternehmen auf seine Kernkompetenzen im Sinne des Service Public beschränken, und nicht die private Wirtschaft konkurrenizieren. Bestes Beispiel dafür: Die mehrheitlich staatlich finanzierte Swisscom ist mit der Cinetrade – zu welcher auch die Kitag, die in Zürich, Bern, Biel, Basel, St. Gallen und Luzern 85 Kinosäle mit 17'000 Plätzen betreibt – die grösste Kinobetreiberin des Landes.

## VEBO

**Das ist Sache:** Die VEBO ist eine Institution zur beruflichen und sozialen Eingliederung von Menschen mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung. Sie betreibt im Kanton Solothurn eine Vielzahl an Arbeits-, Wohn- und Beratungseinrichtungen und hat 2017 einen Gesamtertrag von 72 Mio CHF erwirtschaftet. Davon machen die Produkte zur Förderung der Eingliederung aus beruflichen Massnahmen, Werkstätten, Wohnheimen und Tagesstätten 42 Mio CHF aus. Dieser Teil der Aktivitäten ist zu einem ganz grossen Teil aus Geldern der IV und anderer sozialer Institutionen finanziert. Rund 29 Mio CHF stammen aber aus gewerblichen Produkten und die Liste der Dienstleistungen in diesem Bereich ist fast endlos: Sie umfasst Beschriftungen, ein Floristik- und Gartencenter, eine Kunststoffspritzerei, ein Logistik- und Transportangebot, eine Schreinerei, ein Servicecenter für Haushaltsgeräte, eine Bäckerei, Restaurants, etc. Ein Teil dieser Arbeiten wird mit Personen verrichtet, die gewisse Einschränkungen haben und dagegen ist nichts einzuwenden. Der Plan der VEBO ist es aber, den Umsatzanteil

mit gewerblichen Produkten auf 50% des Gesamtertrags also auf 36 Mio CHF zu erhöhen. Damit will sie die öffentliche Hand entlasten und die Abhängigkeit von Tarifrissen minimieren.

**Das finden wir problematisch:** Mit den zusätzlichen Dienstleistungen, die ständig ausgebaut werden, steht die VEBO zunehmend dem Gewerbe und der Industrie auf die Füsse. Diese Aktivitäten sind deshalb sofort auf ein Minimum zu reduzieren und die Inklusion gemeinsam mit Gewerbe und Industrie voranzutreiben. Kantonale und kommunale Anstalten sowie öffentlich-rechtliche Institutionen wie die soH-Gruppe und die VEBO für Tätigkeiten, die weder hoheitliche Aufgaben umfassen noch gesetzlich vorgeschrieben sind und damit die KMU konkurrenzieren, sollten der Steuerpflicht unterworfen werden.

## **Weingut Stadt Bern**

**Das ist Sache:** Die Stadt Bern betreibt zwischen La Neuveville und Schafis, sowie auf der St. Petersinsel am Bielersee, Weingüter und verkauft die Produkte über verschiedene Kanäle, wie zum Beispiel Restaurants und Detailhandel.

**Das finden wir problematisch:** Das mit Steuergeldern subventionierte Weingut – pro Jahr fließen Betriebsbeiträge aus dem ordentlichen Budget der Stadt Bern in der Höhe von durchschnittlich 500'000.- CHF – konkurrenziert das Angebot die privaten Weinbauern, die weder über die grossen Flächen, noch über modernste mechanisierte Betriebe verfügen. Zudem müssen sie den Vertrieb ihrer Weine auch selber organisieren und bezahlen, während die Stadt Bern den Vertrieb ihres Weines bequem und kostengünstig über ihre Büro- und Materialzentrale abwickelt; dies wiederum zum Nachsehen des Detail- und des Weinhandels. Es bestehen Pläne und Ideen um ein neues Rebgut zu bauen, das moderner und effizienter betrieben werden könnte. Dieses Projekt kostet die Stadt Bern als Eigentümerin wieder Millionen und ist erneut unfair, denn alle anderen Weinbauern am Bielersee müssen wohl oder übel Erneuerungen aus dem Ertrag ihrer Produkte finanzieren und werden künftig gegenüber dem Staatsbetrieb noch mehr Mühe haben.